

Das sind Maßnahmen, die Klimaschützer, Umweltaktivisten und die Grünen wohl erschauern lassen



Von **Nikolaus Doll**
Ressort Politik

Veröffentlicht am 13.11.2025 | Lesedauer: 6 Minuten



Friedrich Merz, Markus Söder und Lars Klingbeil schreiten zur Pressekonferenz am Donnerstagabend

Quelle: Kay Nietfeld/dpa

Die Erholung der Wirtschaft hat in der Koalition nun absolute Priorität - auch die SPD zieht dabei mit. Und so beschließt der Koalitionsausschuss Maßnahmen, die unter der Ampel oder mit Beteiligung der Grünen undenkbar gewesen wären. Nur Tagesordnungspunkt Vier könnte für Ärger sorgen.

Dass sich diese Bundesregierung und das Parlament in der laufenden Legislaturperiode ein riesiges Pensum vorgenommen haben, kann man nicht bestreiten. Allein in dieser Woche standen 22 zweite und dritte, also abschließende, Lesungen auf dem Programm des Bundestags. Die Sitzungen im Plenum hatten an diesem Donnerstag um neun Uhr begonnen und sollten laut Plan bis 2.15 Uhr nachts dauern. Kreuzberger Nächte sind lang, die im Regierungsviertel bisweilen auch.

Irgendwo dazwischen im Programm, parallel dazu, unterbrochen von den namentlichen Abstimmungen im Parlament, tagte im Hohen Haus selbst – der kurzen Wege wegen – der Koalitionsausschuss von Union und SPD mit den Parteichefs von CDU, CSU und SPD. Was die sichtlich nicht mehr wollen, ist eine Drama-Show liefern, wie es unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) üblich war.

Ein nächtliches Tauziehen, nach dem am Morgen übernachtigte Menschen mit kleinen Augen vor den Kameras Kompromisse verkünden, die keiner versteht. Oder eine Zank-Einlage nach der anderen geben, die sich über Tage hinzieht, wie es die Ampel-Koalition bei ihren Spitzentreffen geschafft hatte.

Tagesordnungspunkt Vier könnte noch für Ärger sorgen

Die Botschaften unter Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) lauten nun: Wir arbeiten eng zusammen. Wir können die Probleme lösen. Und: „It's the economy, stupid“ – es geht vor allem um die Wirtschaft. Mit diesem Wahlkampf-Slogan hatte Bill Clinton 1992 die US-Präsidentschaftswahlen gewonnen. Und nun will die schwarz-rote Koalition wirtschaftsfreundliche Maßnahmen anstoßen, die sämtliche Klimaschützer, Umweltaktivisten und die Grünen wohl erschauern lassen.

Lieferkettengesetz und ähnliche Bürokratiemonster? Nicht mehr so wichtig. Nun soll alles getan werden, um es den Unternehmen leichter zu machen, damit die Wirtschaft wächst, die Entlassungswelle in der Industrie abebbt. Nach dem Motto „Mehr Fortschritt wagen“ der Ampel, was offenbar zu gewagt war, startet die Koalition unter Merz nun die „Aktion Pragmatismus“.

Aber am spannendsten war, worüber der Kanzler und die Vorsitzenden von CSU und SPD, Markus Söder sowie Lars Klingbeil und Bärbel Bas, im Verlauf der Pressekonferenz am frühen Abend nicht sprachen: nämlich über die Pläne zur Zukunft des Autos. Denn in diesem Thema steckt Brisanz und der Keim für Konflikte.

Deshalb gaben die großen Vier nach Teil eins des Koalitionsausschusses eine Pressekonferenz, damit es die frohen, weil geeinten Botschaften noch in die Tagesschau oder die Tagesthemen schaffen. Dann gingen sie zur namentlichen Abstimmung, um sich zuletzt zu Tagesordnungspunkt vier zu treffen.

Titel: Klimaneutrale Mobilität. Es wird also ums Auto gehen. „Wir zeigen, dass wir Kompromisse hinbekommen, auch wenn wir uns gelegentlich streiten“, sagte SPD-Co-Chefin Bas. Merz murmelte einen Einspruch. Und Bas korrigierte sich. Nein, man habe ja „heute noch nicht“ gestritten. Gelächter. Aber das haarige Thema Auto stand auch erst am späten Abend und falls nötig in der Nacht an.

Die Unternehmen sollen wieder mehr Strom verbrauchen

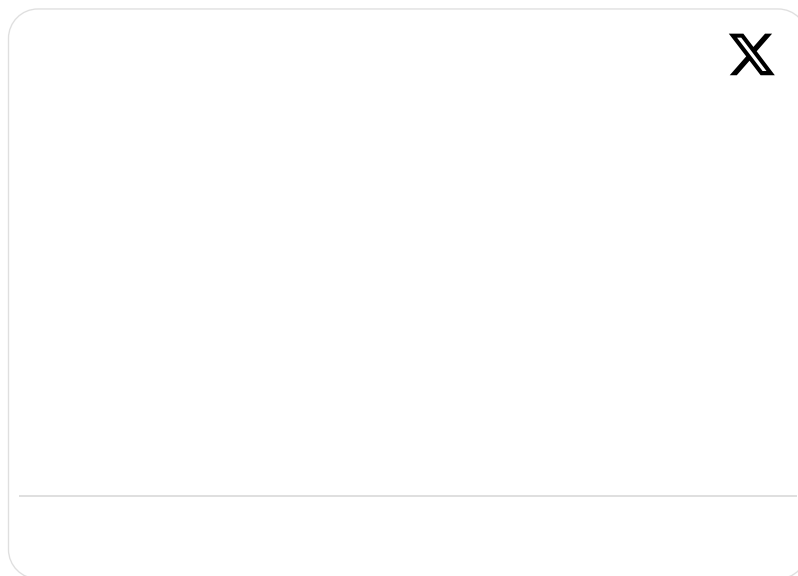
Was die Koalition bei dieser Sitzung beschlossen hat, wäre noch vor Kurzem nicht denkbar gewesen. Es soll wieder mehr geflogen werden. Die Unternehmen sollen wieder mehr Strom verbrauchen. Und es soll eine ganze Reihe neuer Gaskraftwerke gebaut werden. Auch wenn Ex-Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ähnliche Kraftwerkspläne hatte: Mit der Politik der Ampel, bei der Klimaschutz über allem stand, hat das nichts mehr zu tun, wenn mehr Gas verfeuert wird, mehr Flieger am Himmel sind, der Stromverbrauch durch günstigere Energie steigt. Aber die schwarz-rote Koalition sieht keinen anderen Weg, um die energieintensiven Industrien und die schwächelnde Luftverkehrsbranche zu stützen.

Beschlossen wurde von den Parteispitzen ein staatlich subventionierter, niedrigerer Industriestrompreis zum 1. Januar 2026, und zwar bis 2028. Der Kanzler nannte einen Zielpreis von 5 Cent pro Kilowattstunde. Die Maßnahme solle gelten für stromintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen. Die Koalition erwartet dazu bald grünes Licht der EU-Kommission. Brüssel hatte im Juni generell einen Industriestrompreis gebilligt, unter bestimmten Voraussetzungen. Klingbeil sprach von Kosten in Höhe von drei bis fünf Milliarden Euro, die aus dem Klima- und Transformationsfonds finanziert werden sollen – einem Sondertopf des Bundes.

Ebenfalls zu Beginn des neuen Jahres soll die Ticketsteuer im Luftverkehr gesenkt werden. Merz sprach von einer Größenordnung von etwa 350 Millionen Euro zugunsten der Luftverkehrsindustrie in Deutschland. Im Mai 2024 wurde die Luftverkehrsteuer deutlich erhöht, dies soll nun wieder zurückgenommen werden. Die Frage ist, ob und wie stark Airlines dies an die Passagiere weitergeben. Außerdem sollen im kommenden Jahr Gaskraftwerke mit einer Leistung von insgesamt zehn Gigawatt (GW) Kapazitäten ausgeschrieben werden, die bis 2031 in Betrieb gehen und unter andere dann an- und einspringen, wenn Sonne und Wind nicht genug Energie liefern.

Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) hatte viel höhere Kapazitäten geplant. Sie wollte Kapazitäten von bis zu 20 GW schaffen lassen. Ein einzelnes modernes Atomkraftwerk erzeugt zwischen eins bis 1,6 GW. Aber die EU-Kommission sperrt sich dagegen, deshalb fällt das Projekt nun kleiner aus. Die Frage ist dennoch, wo das Gas für die neuen Kraftwerke herkommt. Schmutziges Frackinggas aus den USA, teures Gas von den Scheichs oder doch irgendwann wieder aus Russland? CSU-Chef Söder würde gerne die heimischen Reserven anbohren.

Aber reicht das, um die Wirtschaft anzukurbeln? Die Koalitionäre wollten den Eindruck erwecken. „Wir stehen zu unserem Wort, wir haben den Branchen versprochen, dass wir schnell handeln“, sagte SPD-Chefin und Arbeitsministerin Bas. Die Wirtschaft auf Kurs zu bringen, sei die „größte und entscheidende Herausforderung der Koalition“, erklärte Markus Söder: „eine ökonomische und demokratische Herausforderung.“ Weil, und da sind sich die Vier einig, die „radikalen Ränder“, Parteien wie Wahlentscheidungen der Menschen für diese, verschwinden würden, wenn es wirtschaftlich erst wieder läuft. Ob die Rechnung aufgeht?



Wenn das Land schläft, wird über das Auto gesprochen

Jedenfalls sind die Koalitionäre sorgsam darum bemüht, den Eindruck von Tatkraft und Geschlossenheit zu hinterlassen. Und deshalb wurde das Auto-Thema auch zunächst einfach übergangen und ganz hinten auf die Tagesordnung gestellt. Wenn das ganze Land möglichst schläft. Denn bei der Zukunft von Autos mit Verbrennungsmotoren sind sich Union und SPD überhaupt nicht einig. Man werde „im guten Geist weiterreden“, sagte SPD-Co-Chef und Finanzminister Klingbeil tapfer. „Wir haben jetzt noch einen netten Abend vor uns und werden über das ein oder andere Thema besprechen. So oft sehen wir uns zu viert ja auch nicht.“ Einen „netten Abend“ zu erwarten, ist ambitioniert.

Denn die Union will das EU-weit ab 2035 geplante Verbrenner-Aus am liebsten komplett kippen, die SPD daran festhalten. Selbst wenn die Abwehrfront bei den Sozialdemokraten langsam bröckelt. Zu groß ist der Druck aus den Gewerkschaften und von Arbeitnehmern aus der Autoindustrie und den vielen Zulieferern. Als Kompromiss sollen nun Plug-in-Hybride und E-Autos mit Range Extender von dem Zulassungsstopp ausgenommen werden. Ob die EU diesem Kurs folgt, bleibt offen. Und ob das eine wirksame Lösung ist, auch. Range Extender werden bislang nur von einer Handvoll fernöstlicher Autobauer produziert, Hybride stehen unter dem Verdacht, am Ende kaum elektrisch angetrieben zu werden. „Es gibt zwei in der SPD, die besonders für das Verbrenner-Aus streiten“, sagt ein Unions-Mann: „Umweltminister Carsten Schneider und Fraktionschef Matthias Miersch, die müssen wir umdrehen.“ Ob das gelingt, ist offen.

Derzeit befindet sich die deutsche Autoindustrie auch aufgrund der unterschiedlichen politischen Signale zu den Antrieben der Zukunft in Turbulenzen. Die Branche zählt zur Schlüsselindustrie im Land, die weitere Industriezweige hoch- oder runterziehen kann. Entsprechend hart wird in dieser Nacht vermutlich gerungen.

Bundeskanzler Merz verbreitete vorab Optimismus. Auf die Frage, ob er mit einer Einigung rechnet, sagt er schlicht: „Ja.“ Aus seinem Umfeld hieß es anschließend allerdings, eine Verständigung werde „nicht zwingend“ erwartet. Morgen, wenn das Land erwacht, wissen wir mehr.